

Großer Streit um die Tanakpur-Frage

von Hari Karki und Karl-Heinz Krämer

Vom 5.-10. Dezember 1991 hatte sich Premierminister Girija Prasad Koirala auf Staatsbesuch nach Indien begeben. Hauptanliegen war die Erneuerung der Handels- und Transitverträge gewesen, die im März 1989 ausgelaufen waren. Damals hatte die indische Rajiv-Gandhi-Regierung auf einer Zusammenlegung der Verträge beharrt, wie es bis 1978 üblich war. Schließlich war es zur indischen Wirtschaftsblockade gekommen, welche die städtische Bevölkerung und die Umwelt Nepals hart getroffen hatte. Nun wurden am 6. Dezember 1991 doch getrennte Verträge über Handel und Transit abgeschlossen. Im Verlauf des damaligen Staatsbesuchs wurde aber auch eine Reihe anderer Verträge geschlossen. So wurden u.a. auch Vereinbarungen über die gemeinsame Nutzung der Wasserressourcen getroffen. Damals ahnte noch niemand, daß genau dieser Punkt Anlaß zu der bisher wohl schwersten Krise der G.P. Koirala-Regierung werden sollte.

Bereits am 17. Dezember 1991, also nur wenige Tage nach der Unterzeichnung des Abkommens, hatte der der 'Nepal Communist Party - UML' (NCP-UML) nahestehende Rechtsanwalt B.K. Neupane eine Petition eingereicht, um über das Übereinkommen, das Premierminister Girija Prasad Koirala während seines Besuches in Indien im Dezember 1991 bezüglich Tanakpur und anderen Wasserressourcenprojekten unterzeichnet hatte, entscheiden zu lassen. Nach Neupane betreffe die Tanakpur-Vereinbarung Artikel 126 (2) der Verfassung von 1990 und sei als Vertrag einzustufen und demnach durch eine Zwei-Drittel-Mehrheit der Abgeordneten beider Häuser des Parlaments in einer gemeinsamen Sitzung zu ratifizieren.

Art. 126 (2) der Verfassung von 1990 unterscheidet zwischen zwei Kategorien von Verträgen und Vereinbarungen mit anderen Staaten. Zur ersten Kategorie zählen solche, die Frieden und Freundschaft, Verteidigung und strategische Allianz, die nationalen Grenzen sowie die natürlichen Ressourcen, ihre Verteilung und ihren Nutzen betreffen. Alle diesbezüglichen Verträge und Vereinbarungen bedürfen gemäß Artikel 126 (2) der Zustimmung einer Zweidrittelmehrheit der anwesenden Mitglieder der beiden Häuser des Parlaments in einer gemeinsamen Sitzung.

Zur zweiten Kategorie des Artikels 126 (2) gehören Verträge und Vereinbarungen mit anderen Staaten, die sich nicht in ernsthafter Weise oder auf langfristiger Basis auf das Land auswirken, sondern nur 'ordinärer' Natur sind. Diese bedürfen zur Ratifizierung lediglich der einfachen Mehrheit der anwesenden Mitglieder des Repräsentantenhauses.

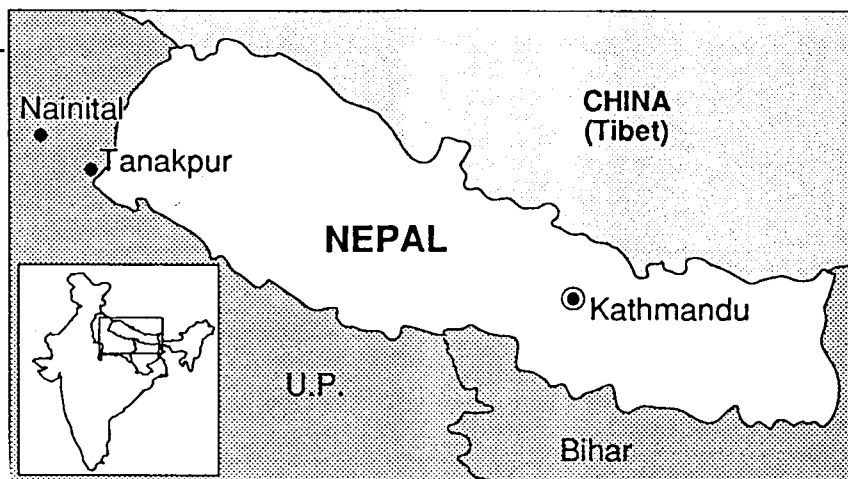
Premierminister Girija Prasad Koirala hatte zunächst eine Vorlage der Tanakpur-Vereinbarungen vor dem Parlament grundsätzlich abgelehnt, da es sich dabei nur um eine Absprache und nicht um ein Abkommen mit Indien handele. Gleich in den ersten Tagen der Wintersession des nepalischen Parlaments, im Frühjahr 1992, kam es daher zu Disputen über die Vorlage aller Dokumente zu den Vertragsvereinbarungen mit Indien vom Dezember 1991. Premierminister Koirala hatte nun doch eine Vorlage derselben in seiner Eröffnungsrede angekündigt, die Opposition, mit Ausnahme der 'Nepal Sadbhavana Party', bestand jedoch auf einer sofortigen Vorlage und bekräftigte

dies durch geschlossenes Verlassen des Sitzungssaales und lautstarke Protestkundgebungen innerhalb des Plenums. Schließlich wurden die Verträge und Vereinbarungen am 13. März 1992 von Premierminister Koirala dem Parlament vorgelegt. Die oppositionelle NCP (UML) verlangte eine Debatte und Abstimmung über die Verträge entsprechend Artikel 126 der Verfassung, was seitens der Regierungspartei als nicht notwendig angesehen und daher abgelehnt wurde.

Die Opposition beharrte auf ihrer Auffassung, daß es sich bei der Tanakpur-Angelegenheit um ein Abkommen und nicht um eine bloße Absprache mit Indien handele; da dieses Abkommen über nepalisches Territorium entscheide, müsse gemäß Artikel 126 (2) die Angelegenheit vom Parlament mit Zweidrittelmehrheit ratifiziert werden.

Der für die Petition B.K. Neupanes zuständige Oberste Gerichtshof ließ sich mit seiner Entscheidung ein ganzes Jahr Zeit. Unterdessen kam es immer wieder zu Protestaktionen und Demonstrationen zugunsten einer Abstimmung gemäß Artikel 126 (2), welche insbesondere von den linken Oppositionsparteien organisiert wurden. Eine der spektakulärsten Aktionen war eine Fahrrad-Rally von Mahendranagar in Westnepal nach Kathmandu, welche im Oktober 1992 im Vorfeld des Staatsbesuchs des indischen Premierministers Narasinha Rao von der NCP (UML) initiiert wurde. Als Abschluß der Rally war die Überreichung eines Protestschreibens an den indischen Premierminister vorgesehen. Die Teilnehmer der Rally wurden jedoch am 15. Oktober auf Anweisung der lokalen Verwaltung in Kawasoti (Distrikt Nawal-Parasi) verhaftet, ehe sie das Ziel ihrer Fahrt überhaupt erreichen konnten. In der Folge artete eine Protestdemonstration von einigen hundert Personen in Gewalttätigkeiten aus. Die Polizei setzte Schlagstöcke, Tränengas und Schußwaffen ein, um die Menge auseinanderzutreiben. Acht Personen wurden verletzt. Die verhafteten Teilnehmer der Rally wurden am 18. Oktober wieder freigelassen.

Das 'Forum for Protection of Human Rights' (FOPHUR) kam bei einer Untersuchung der Zwischenfälle zu folgendem Ergebnis: "Beamte der Distriktverwaltung erklärten die Teilnehmer und Unterstützer der Rally zu anti-nationalen Elementen. Entgegen der amtlichen Ver-



Tanakpur an der Grenze zwischen Indien und Nepal

sion wurde bei dem Zwischenfall kein Polizist verletzt. Es stimmte auch nicht, wie von offizieller Seite behauptet wurde, daß anti-soziale Elemente den Verkehr lahmgelegt und die Polizei mit brennenden Fackeln und Speeren angegriffen hätten. Wahr ist vielmehr, daß die lokale Bevölkerung die Straße mit Tischen, Stühlen und Steinen blockiert hatte. Die Polizei eröffnete das Feuer ohne jede Vorwarnung." Dieser Untersuchungsbericht von FOPHUR wurde dem Premierminister überreicht.

Auch INSEC ('Informal Sector Service Centre'), eine andere menschenrechtsbezogene Organisation in Kathmandu, führte eine gründliche Untersuchung des Vorfalls durch und kam dabei zu folgendem Ergebnis: Die zwölf Teilnehmer der Fahrrad-Rally wurden am 15. Oktober auf Veranlassung der lokalen Verwaltung ohne Angabe von Gründen - Eine Anklageschrift wurden ihnen entgegen den Vorschriften der Verfassung erst nach 32 Stunden überreicht - verhaftet, offensichtlich, um das Ziel der Rally, die Überreichung des Memorandums zur Tanakpur-Frage an den indischen Premierminister, zu verhindern.

Daraufhin kam es zu Agitationen der lokalen Bevölkerung; man blockierte die Straße und versuchte so die Freilassung der Verhafteten zu bewirken. Die örtliche Verwaltung bemühte sich nicht um eine friedliche Beilegung des Konflikts. 15 Minuten nachdem die Polizei erschien, begann sie ohne Vorwarnung zu schießen. Die Polizeioffiziere bemühten sich nicht um den Einsatz friedlicher Mittel. Die Schüsse der Polizei wurden mit Steinwürfen der Demonstranten beantwortet. Der Chief District Officer Narayan Jha bezeichnete INSEC gegenüber die Demonstranten als militante Kräfte, die auf den Polizeiangriff bestens vorbereitet gewesen seien. Er war jedoch nicht in der Lage, diese militanten Gruppen und ihre Bewaffnung näher zu bezeichnen. INSEC konnte keine militanten Organisationen in der Gegend ausfindig machen. Die Demonstration war ganz offensichtlich eine spontane Reaktion auf die Verhaftungen. INSEC

konnte 15 Einschußlöcher in den umliegenden Hauswänden und Dächern feststellen. Nach Aussage eines Polizisten wurden 32 Schüsse abgegeben und 10 Tränengasgranaten geworfen. 8 Personen wurden durch die Polizeischüsse verletzt. Die Zahl der Demonstranten betrug etwa 250-300 unbewaffnete Personen. Ihnen standen etwa 250 bewaffnete Polizisten gegenüber. Auf der Grundlage der Untersuchung und der Interviews mit Opfern und Augenzeugen kam INSEC zu dem Schluß, daß für die Polizei keine Notwendigkeit zum Schießen bestand.

Auch wenn dies weder von nepalischer noch von indischer Seite offiziell zugegeben wurde, so hinterließen die Protestaktionen der Opposition offensichtlich doch ihre Wirkung. So wurden die Vereinbarungen zu Tanakpur während des Besuchs des indischen Premierministers erneut überarbeitet. Gegenüber den ursprünglichen Vereinbarungen vom 4./5. Dezember 1991 wurde u.a. klargestellt, daß das betroffene nepalische Gebiet unter der Souveränität und der Kontrolle Nepals verbleiben würde.

Die Abtretung von nepalischem Territorium an Indien in Zusammenhang mit dem Tanakpur-Wasserkraftprojekt wurde am 7./8. September 1992 im nepalischen Parlament abermals heiß diskutiert, nachdem die eingesetzte Sonderkommission unter Leitung des stellvertretenden Parlamentssprechers, Mahanta Thakur, ihren Bericht vorgelegt hatte. Nachwievor beharrte die Opposition auf der Meinung, daß es sich um ein Abkommen und nicht um eine bloße Absprache mit Indien handele; daher müsse die Angelegenheit vom Parlament ratifiziert werden. Zur Durchsetzung ihrer Forderung schlossen sich acht linke Oppositionsparteien zu einer Allianz zusammen. Ab 9. September sollte eine öffentliche Protestkampagne beginnen. Laut Oppositionsführer Man Mohan Adhikari (NCP-UML) sollte der Protest auf der Grundlage von Demokratie und Verfassung organisiert werden.

Vom 22.-24. September 1992 fand vor

dem Obersten Gerichtshof endlich eine Anhörung zu einer schriftlichen Petition bezüglich der Gültigkeit der Verträge, Vereinbarungen und Übereinkünfte zwischen Nepal und Indien vom Dezember 1991 statt. Eine Entscheidung wurde zunächst für den 3. November erwartet. Am 3. November vertagte der Oberste Gerichtshof seine Entscheidung und forderte stattdessen Anklage (Rechtsanwalt Bal Krishna Neupane) und Verteidigung auf, bis zum 10. November Stellungnahmen zu den jüngsten indisch-nepalischen Vereinbarungen abzugeben.

Am selben Tag erklärte Premierminister Girija Prasad Koirala vor Studentinnen der 'Nepal Students Union', der Studentenorganisation des 'Nepali Congress': "Das Tanakpur-Problem ist ein Test für den 'Nepali Congress'. Wenn in diesem Zusammenhang etwas schief läuft, wird die Entwicklung der Nation um 25 Jahre zurückgeworfen. Es liegt mir jedoch fern, mit dieser Bemerkung Einfluß auf die Gerichtsbarkeit auszuüben."

Die Anhörung vor dem Obersten Gerichtshof fand am 10. und 12. November 1992 statt und wurde am 17. und am 20. November fortgesetzt. Dann wurde eine Entscheidung für den 15. Dezember angekündigt. Als am 10. November in Dhangadi die NCP-UML Protestdemonstrationen gegen den anwesenden Premierminister G.P. Koirala wegen der Tanakpur-Frage organisierten, wurden 42 Mitarbeiter der Partei, darunter der Oberhaus-Abgeordnete Prem Singh Dhami, verhaftet.

Am 15. Dezember 1992 verkündete der Oberste Gerichtshof das langerwartete Urteil in Bezug auf die Tanakpur-Frage. Das Urteil anerkennt die Tanakpur-Frage als einen Vertrag innerhalb des Umfeldes des Artikels 126 (2). Das Urteil spezifiziert nicht, ob dieser Vertrag der Zwei-Drittel-Mehrheit der gemeinsamen Sitzung beider Häuser des Parlaments bedarf oder lediglich einer einfachen Mehrheit der anwesenden Mitglieder des Repräsentantenhauses. In dem Urteil heißt es u.a.: "Es ist die Pflicht der Regierung Verträge oder Vereinbarungen, die von ihr abgeschlossen wurden, entsprechend der Verfassung durch das Parlament ratifizieren, billigen, zustimmen oder akzeptieren zu lassen. Es ist das Recht und auch die Pflicht der Regierung, die Vorschläge für eine solche Zustimmung in einer gemeinsamen Sitzung des Parlaments oder in einer Sitzung des Repräsentantenhauses vorzulegen. Es ist nicht richtig, daß das Gerichtswesen an die Regierung Weisungen gibt, eine Entscheidung über die Gültigkeit irgendeines Vertrages oder Vereinbarung zu fällen, bevor solche ratifiziert, zugestimmt etc. wurden. Solche Handlungen des Ge-

richtswesens stünden im Gegensatz zum parlamentarischen System der Regierung und der parlamentarischen demokratischen Prozesse."

Bei der Urteilsverkündung waren viele Zuschauer anwesend. Als Reaktion auf dieses Urteil formierte sich ein Demonstrationszug, dem sich auf seinem Weg nach Bhadrakali/Kathmandu immer mehr Leute anschlossen. Die Demonstranten forderten den Rücktritt von Premierminister Girija Prasad Koirala. Auf der anschließenden Kundgebung versammelten sich mehr als 40.000 Demonstranten. Jhal Nath Khanal, ein Parlamentsabgeordnete der NCP-UML, forderte dabei den Rücktritt des Premierministers.

Nach der Urteilsverkündung gab die Regierung eine Pressemitteilung heraus, in der bekanntgegeben wurde, daß die Tanakpur-Frage in der nächsten Sitzung des Parlaments zur Ratifizierung vorgelegt werde.

K.P. Bhattarai, Präsident des 'Nepali Congress', äußerte sich, daß das Urteil des Obersten Gerichtshofs die Würde des Parlaments hervorhebe. Nach der Entscheidung, ob die Ratifizierung einer Zwei-Drittel-Mehrheit bedürfe oder der einfachen Mehrheit, müsse die Regierung den Vertrag im Parlament vorlegen.

Madan Bhandari, der Generalsekretär der NCP-UML sagte, daß das Urteil des Obersten Gerichtshofs beweise, daß die Regierung von G.P. Koirala Verfassung und Recht mit Füßen getreten habe. Koirala habe keine weitere moralische Autorität, im Amt des Premierministers zu verbleiben. Er solle sofort zurücktreten.

Die 'Nepal Sadbhavana Party' begrüßte die Entscheidung des Gerichts. Sie begrüßte, daß Premierminister G.P. Koirala damals die Initiative ergriffen habe, jedoch sei bei solchen Handlungen Vorsicht geboten und auf den maximalen Vorteil für das Land zu achten. Das Urteil des Obersten Gerichts zeige, daß die Regierung das Parlament übergangen und die Rechte des Volkes auf Information ignoriert habe.

Von den Medien wurde das Urteil in seiner historischen Bedeutung begrüßt, jedoch gab es große Kritik an der Regierung. 'Dristi') schrieb: "Das Urteil wendet sich gegen die verräterische Regierung der 'Nepali Congress' Partei, geführt von G.P. Koirala, der anstrebt, Nepals Wasserressourcen durch ein ungleiches Abkommen, durch Überrollen des Geistes der Volksbewegung und der Verfassung an Indien auszuhändigen." 'Janadesh Weekly' berichtete am: "Das historische Urteil hat das wahre Gesicht von Premierminister G.P. Koirala und seiner Partei gezeigt. Es ist jetzt klar, daß Premierminister Koirala und seine Partei bestrebt waren, die Nation irreführen. Er raubte dem Volk das Recht

auf Information und wertete die nationalen Interessen ab. Der Standpunkt, den Premierminister Koirala vertrat, war falsch und basislos. Dies kann als ideologische Niederlage bewertet werden. Er muß daher aus moralischen Gründen sofort zurücktreten."

Am 21. Dezember 1992 entschieden die vier Parteien der linken Allianz NCP-UML, UPF, Masal und NWPP, eine landesweite Agitation, um den Rücktritt von Premierminister Koirala und Anstrengungen zur Bildung einer nationalen Übereinstimmung über die Tanakpur-Frage mit gebührender Rücksicht auf die nationalen Interessen durch Gespräche mit einer neuen Regierung zu führen. Die Allianz plante landesweite Demonstrationen und Umzüge zwischen dem 25. Dezember 1992 und dem 12. Januar 1993.

In einem Interview äußerte der Präsident der NCP-UML, Man Mohan Adhikari: "Wir fordern den Premierminister zum Rücktritt aus moralischen Gründen auf. Die Lösung der Probleme kann gefunden werden, wenn ein neuer Premierminister den Dialog mit der Opposition beginnt. Der 'Nepali Congress' folgt in der Frage nach der Beziehung zu Indien der gleichen Linie wie der Premierminister. Aber es ist Koirala, der in seiner dienstlichen Eigenschaft einen Fehler gemacht hat. Aus diesem Grund ist die Agitation auf ihn ausgerichtet. Die Tanakpur-Frage ist mit unserer Souveränität verbunden. Sie betrifft unsere Wasserressourcen und unser Land. Daher muß die Verteilung von Wasser und Energie nach internationalem Recht entschieden werden. Wir glauben, Verträge müssen mit Indien auf einer Basis unterzeichnet werden, bei der unsere Rechte gewahrt bleiben. Der Tanakpur-Damm ist auf indischem Territorium. Wir können Indien nicht hindern, auf seinem Territorium, über das Flüsse fließen, die von Nepal kommen, ein Projekt zu errichten. Was wir wollen ist nur eine gerechte Verteilung. Wir können nicht dagegen vorgehen, was bereits gebaut ist. Ein Vertrag muß unterzeichnet werden. Wir werden nicht gegen einen Vertrag in der Tanakpur-Frage sein. Solche Verträge müssen auch unterzeichnet werden in Hinsicht auf Pancheswar und andere Projekte."

Anfang Januar 1993 wurde ein Komitee, bestehend aus vier Ministern, gegründet, um Konsultationen über die Tanakpur-Frage mit den verschiedensten politischen Parteien, Intellektuellen und Rechtsexperten auf nationaler Ebene zu erzielen. Schon bald danach wurden Diskussionen mit Repräsentanten des 'Nepali Congress', der 'National Democratic Party', der 'Nepal Sadbhavana Party' und der 'Nepal Communist Party (United)' aufgenommen. Die linke Alli-

anz verweigerte bis zum Rücktritt von Premierminister Koirala das Gespräch und kündigte am 14. Januar die zweite Phase der Agitation an.

Am 16. Januar 1993 fand eine Sitzung mit Rechtsexperten in Kathmandu statt. Die Experten rieten der Regierung zur Bildung eines Bewertungskomitees, um die notwendige Bewertung vorzunehmen, bevor die Dokumente im Parlament vorgelegt werden. Am 24. Januar organisierte die linke Allianz Demonstrationen in Kathmandu und andernorts, mit der Forderung nach dem Rücktritt des Premierminister G. P. Koirala. Am 7. Februar verbrannte die linke Vier-Parteien-Allianz eine Puppe in Gestalt von Premierminister Koirala und forderte erneut den Rücktritt des Premierminister. Etwa 15 Mitarbeiter der 'United People's Front Nepal' wurden während der Protestdemonstrationen in Damauli verhaftet.

Am 22 Februar wurden Kopien des Reports des Baral-Komitees über die Bewertung des Tanakpur-Abkommens den Parlamentsabgeordneten zur Verfügung gestellt. Der Bericht wurde am 26. Februar im 'Gorkhapatra' abgedruckt. Er beinhaltet, daß das Tanakpur-Abkommen mit Indien aus legalen und Verfassungsgesichtspunkten gewöhnlicher Natur sei und keine breite, ernsthafte, oder größere längerfristige Auswirkung hinsichtlich der natürlichen Ressourcen des Landes und ihrer Ausnutzung habe. Mit anderen Worten: Das Tanakpur-Abkommen bedarf lediglich der einfachen Mehrheit der Abgeordneten des Repräsentantenhauses. Der 'Nepali Congress' ist in diesem Fall nicht auf die Kooperation der Oppositionsparteien angewiesen.

asa

26

Studien

Nicole Häusler
Christina Kamp
Peter Müller-Rockstroh
Wolfgang Scholz
Barbara E. Schulz (Hrsg.)

Unterwegs in Sachen Reisen

Tourismusprojekte und Projekttourismus in Afrika, Asien und Lateinamerika

Verlag breitenbach Publishers
Saarbrücken · Fort Lauderdale 1993